

WAS NÖTIG IST: AUSBILDUNG!

bei einem Angriff zurückziehen würden. Nur 36 Prozent erwarteten, daß bei einem solchen Angriff der Westen der Stärkere bleiben werde (1952). Diese Zahl sank bis zum Dezember 1954 sogar auf 24 Prozent. Diese Einschätzung macht auch verständlich, daß den Westdeutschen die Sicherheit vor den Russen in zunehmendem Maße wichtiger ist (1952: 51 Prozent, 1954: 59 Prozent) als die Einheit (33/27 Prozent).

Auf die Frage: „Was würden Sie tun, wenn morgen ein Krieg mit Rußland ausbrechen würde?“, meinten die meisten der befragten jungen Männer (46 Prozent) „gar nichts — abwarten...“ Nur 30 Prozent erklärten den Interviewern, sie wollten gegen die Russen kämpfen.

So rundet sich das Bild des Durchschnitts-Deutschen, mit dem die Politiker es zu tun haben, wenn sie sich im nächsten Jahr zur Kampagne für die Bundestagswahlen rüsten. Wenn sie ihre Wahl-Sprüche auf die Ermittlungen der Allensbacher Demoskopien stützen wollten, so müßten sie sich in ihren Wahlreden nicht so sehr für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einsetzen, sondern für die Wiedervereinigung.

Ratschlag für Adenauer

Die Antworten auf die Frage: „Was halten Sie für die wichtigste Frage, mit der man sich in Westdeutschland heute allgemein beschäftigen sollte?“ ließen erkennen, daß sich hier in den letzten Jahren das Interesse verlagert hat — wenn sie nicht eher als ein Indiz dafür zu werten sind, daß sich komplizierte Sachverhalte nicht immer auf die Formel einer kurzen Frage reduzieren lassen. Die Demoskopien notierten jedenfalls: Noch im Oktober 1951 waren mehr Bundesbürger für eine „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ (45 Prozent) als für die Wiedervereinigung (18 Prozent). Im Januar 1955 nannten dagegen schon 34 Prozent der Befragten die Wiedervereinigung und nur noch 28 Prozent die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Nicht in das Jahrbuch aufgenommen wurden die Analysen einiger Untersuchungen, die im Auftrag des Bundespresseamtes vor den letzten Bundestagswahlen durchgeführt worden waren. Das Buch enthält lediglich die Zahlenergebnisse dieser Umfragen, nicht aber die Erkenntnisse, die eine genaue soziologische Analyse der Fragebogenantworten den Demoskopien verschaffte.

Die Prinzipien, nach denen die Meinungsforscher ihre Statistiken analysieren, sind Allenbacher Geheimnis. Nur soviel wurde bekannt: Auf Grund dieser analytischen Auswertung hatte E. P. Neumann dem Bundeskanzler und der CDU vor der Bundestagswahl des Jahres 1953 den Rat gegeben:

▷ „Die Wahl muß ganz im Zeichen des Bundeskanzlers stehen. Die Leute sind zufrieden mit ihm.“

Die Wahlergebnisse bestätigten die Erkenntnisse der Demoskopien, und kürzlich verriet Frau Dr. Noelle-Neumann: „Die Beobachtungen der Parteihängerschaft durch die Meinungsforschung förderte etwas zutage, was sich auf andere Weise nicht hätte ermitteln lassen: Eine Bundestagswahl, deren Termin zwischen 1951 und dem Beginn des Jahres 1953 gelegen hätte, dürfte sehr wahrscheinlich zu einem Wahlsieg der SPD geführt haben und damit zu einer Ablösung des Kabinetts Adenauer. Die ersten Anzeichen für den Wahlerfolg Dr. Adenauers im Herbst 1953 machten sich erst im Frühjahr des gleichen Jahres bemerkbar.“

Professor Leo Brandt, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, hielt auf dem Münchner Parteitag der SPD eine viel beachtete Rede über Probleme der Atomwirtschaft und der Automatisierung, in der er auf die Kalamitäten der Forschung und der Ausbildung technischen Nachwuchses in der Bundesrepublik hinwies. Professor Brandt sagte unter anderem:

Die Förderung der Forschung in Deutschland ist unzureichend, freundliche Verbeugungen bei Jahresveranstaltungen, Mäzenatentum mit kleinen Summen tun es nicht. Die Aufwendungen der anderen Völker sind ein Vielfaches, denken wir an die Zahl 360 Millionen Mark für Atomforschung in England. Für die Forschung auf dem Gebiet der Kernverschmelzung sollen die Forschungsaufwendungen in den Vereinigten Staaten genauso groß wie auf dem gesamten übrigen Atomgebiet sein; allein für den Zusammenklang zwischen Atomforschung und Biologie stellt Amerika 200 Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Ein einziges kernphysikalisches Gerät, herausgegriffen aus der gewaltigen Breitenarbeit Rußlands auf dem Atomgebiet, kostet eine halbe Milliarde Mark. Die Professoren Bagge und Gentner, die mit 100 westlichen Kernphysikern in Moskau waren, schildern eindrucksvoll die dortigen Anstrengungen; jährlich bildet man 2000 Kernphysiker aus, bei uns 50.

Der Ansatz für Forschungsmittel zur Durchführung von konkreten Forschungsaufgaben im Bundeswirtschaftsministerium beträgt 2,5 Millionen Mark.

Welch unverständliche, unwahrscheinlich lebensfremde Entscheidung des Bundestages; der Antrag der SPD-Fraktion, diese Mittel auf 50 Millionen Mark zu erhöhen, der sich mit dem sorgfältig fundierten Antrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft deckt, wurde abgelehnt. Warum? Das zeigt eine wahre Begebenheit aus dem genannten Ministerium. Als ein Oberregierungsrat vor einigen Jahren, als der Ansatz 1 Million Mark betrug, eine Erhöhung auf 10 Millionen Mark, auch im Hinblick auf die Anstrengungen Nordrhein-Westfalens in dieser Hinsicht, beantragte, wurde ihm von höheren Vorgesetzten eröffnet: „Sie verkennen den Geist des Hauses. Zurverfügungstellung von Forschungsmitteln ist Staatsdirigismus, forschen soll die Industrie. Sie werden verwirrt. Die Null wird gestrichen, seien Sie froh, daß wir die Eins nicht streichen.“ Das Ergebnis dieser Einstellung im Wirtschaftsministerium war die Schaffung eines besonderen Atomministeriums. Müssen auch ein Forschungsministerium und ein Produktionsministerium vom Bundeswirtschaftsministerium abgespalten werden?

Wo kommen die Menschen her, die in all den Laboratorien tätig sein werden, wenn wir uns den Ruck geben, den wir erstreben, unsere Zukunft entscheidend auf Forschung, geistige Arbeit und Planung aufzubauen, um nicht völlig gegen andere Nationen, insbesondere den Osten, zurückzufallen, der nach

englischen Quellen schon heute 15 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Welt, in zehn Jahren wahrscheinlich 40 Prozent publiziert?

Einige sehr kennzeichnende Zahlen: England, in der Gefahr gegen Rußland zurückzubleiben, beschloß dieses Jahr, für eine dreijährige Periode für Neubauten für den technischen Studienbetrieb 1,2 Milliarden Mark aufzuwenden, dazu jährliche öffentliche Stipendien in Höhe von 133 Millionen.

Die russische Ausbildung der Armee der technischen Talente wurde durch einen zum Unterrichtsminister ernannten General, S. A. Boubnow, organisiert. Schrecklich.

Das Ergebnis: Rußland lieferte 1950 28 000 Universitätsingenieure, augenblicklich jährlich 60 000 Universitäts- und 70 000 Fachingenieure, 1960 200 000.

Die Vereinigten Staaten weisen nur noch einen jährlichen Zugang von 22 000 Universitätsingenieuren auf, 1950 waren es noch 50 000, die Zahl der anderen Ingenieure und Techniker ist unbekannt. Dr. Schairer, in der Weimarer Republik Begründer des Deutschen Studentenwerkes, jetzt in London, veröffentlichte vor sechs Wochen sein dramatisches Büchlein „Technische Talente“ mit diesen und ähnlichen aufsehenerregenden Zahlen.

Immerhin, die Menschen, die wir jetzt brauchen, wären in Deutschland da. Die Zahl der Weißbekittelten wird in gleichem

Maße zunehmen, wie die der Männer in blauen Arbeitsanzügen abnimmt. Die Intelligenz der Angehörigen unseres Volkes reicht völlig aus. Was nötig ist: Ausbildung, nochmals Ausbildung, Reform des Schulwesens von unten bis oben. Hilfe für den Nachwuchs, Heranziehen auch des letzten begabten jungen Menschen aus den minderbemittelten Schichten. 70 Prozent der englischen Studenten erhalten Stipendien, in USA und Rußland kann jeder studieren.

Sehen Sie sich gegenüber den Anstrengungen anderer Völker für Ihren Nachwuchs einmal die Not, Überbürdung und nutzlose Werkstudentenarbeit in deutschen Universitäten an.

Nur noch rund ein Drittel der Studierenden der Universität Frankfurt wurden 1955 voll von den Eltern erhalten. Weitere 26 Prozent erhalten jedenfalls noch Unterstützung von ihren Eltern. Ein volles Fünftel der Studentenschaft war dagegen ausschließlich auf eigenen Erwerb angewiesen, um das Studium zu finanzieren. 25 Prozent der Studenten standen während der Semester in laufender Arbeit, davon arbeitete der dritte Teil im Semester über 55 Wochenstunden. Woher sollten diese jungen Menschen noch die Kraft zum Studium haben?

Das Problem ist so ernst und gleichzeitig traurig wie kaum eines in Deutschland.



Professor Leo Brandt